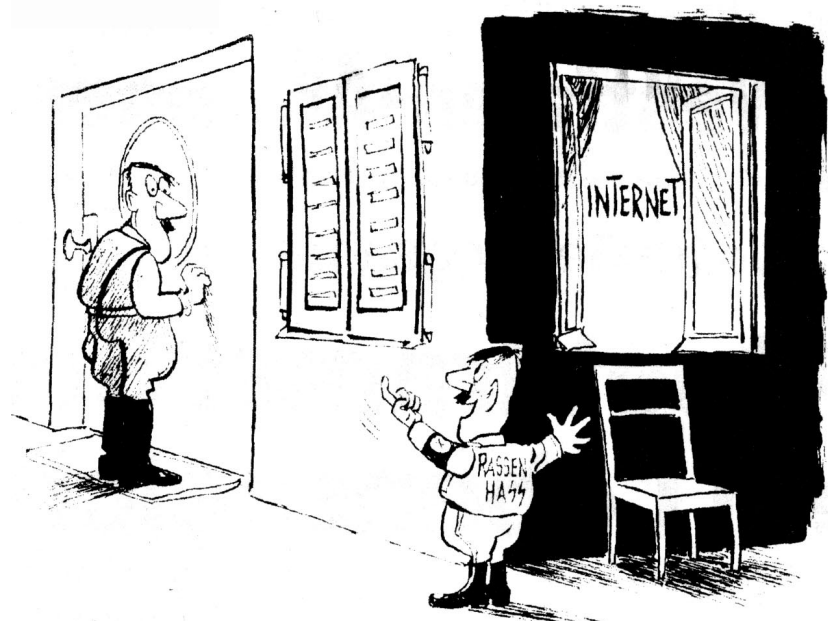


„Den Rechten ins Netz gegangen“

— *Rechtsextremismus und Internet*

M 7.01 „Komm her, hier ist ein offenes Fenster.“



„Komm her, hier ist ein offenes Fenster.“

(Schoenfeld, in: Münstersche Zeitung vom 19.08.2000)

Arbeitshinweis:

Beschreibe die Karikatur und erläutere ihre Aussageabsicht!

M 7.02 Hakenkreuze im Internet

Wenig Handhabe gegen rassistische Seiten im Internet

Leopold Klima surft nicht zum Vergnügen. Grimmig schaut der Kriminalbeamte auf den Bildschirm und zeigt mit dem Mauszeiger auf die spinnennetzartige Zeichnung einer Internet-Seite. Dass sie aus Hakenkreuzen besteht, erkennt das ungeübte Auge erst auf den zweiten Blick. Klima ist Chef des Dezernats Staatsschutz-Informationen am bayerischen Landeskriminalamt in München. Er und seine Mitarbeiter beschaffen dort Adressen, Fotos und andere Daten, die im Zusammenhang mit staatsfeindlichen Aktivitäten von Interesse sind.

Rechte rüsten sich für „Hess-Wochen“

Mindestens die Hälfte der Internet-Straftaten werden im rechtsextremen Milieu begangen. 350 Seiten mit rassistischen Inhalten hat der Verfassungsschutz registriert, zehn mal mehr als noch vor drei Jahren. So wie das Internet wächst, nehmen auch die Straftaten zu - Klima und Kollegen verbringen ein Sechstel ihrer Arbeitszeit vor dem Rechner. Zur Zeit sind sie besonders aktiv, denn die Rechten rüsten sich für die „Hess-Wochen“ anlässlich des Todestages von Hitlers Stellvertreter am 17. August. Ob das Netz nur ein Medium unter vielen ist oder möglicherweise den Extremismus fördert, darüber streiten Experten. Das Internet werde überschätzt, weil es neu sei, sagte kürzlich ein Mitarbeiter des American Jewish Committee. Es erzeuge keinen Hass, sondern verändere nur die Art der Verbreitung. „Früher mussten sie Flugblätter verteilen“, sagt Klima, das war umständlicher. Terroristische Strukturen sieht er aber nicht: „Das ist kein richtiges Netz, das auf Befehl losmarschiert.“

Angebote im Netz werden aggressiver

Beim Kölner Verfassungsschutz zeigt man sich besorgter. Die Angebote würden professioneller und aggressiver, so BfV-Sprecher Hans-Gert Lange, das Netz würde als Agitationsmittel verwendet. Gleiches gilt allerdings auch für Handys, über die Aktivisten zu Demos aufrufen. Als „informativ vernetzt“ beschreibt Lange die Szene. Zwar stolpert man beim Surfen nicht gerade über braune Propaganda, doch durch Eingabe passender Suchbegriffe ist sie leicht zu finden. Die Inhalte reichen von Durchhalte-Parolen der NPD, die strafrechtlich nicht relevant sind bis hin zu Hakenkreuzen und dem Angebot von CDs rechtsradikaler Musikgruppen.

Homepages lagern auf ausländischen Rechnern

Mit speziellen Suchprogrammen können die Kriminalbeamten minuziös zurückverfolgen, auf welchen Rechnern die Homepages lagern. Meistens landen sie dabei in den USA. „Nur Dumme stellen heutzutage ihre Angebote auf deutsche Rechner“, sagt Klima. In anderen Teilen der Welt, insbesondere in den USA mit ihrem in der Verfassung verbrieften Recht auf „free speech“, sind Naziparolen nicht strafbar. Selbst auf Bitten hiesiger Strafverfolger wird die Polizei jenseits

des Atlantiks nicht aktiv. Ähnlich in Japan: Als bayerische Kriminalbeamte per E-mail ihre japanischen Kollegen bat, eine Homepage sperren zu lassen, auf der ein hochrangiger Politiker des Freistaates als Hitler dargestellt war, erhielten sie nicht einmal eine Antwort. „Wir sind völlig machtlos“, heißt es ebenfalls beim Bundeskriminalamt.

Provider bezeichnen sich als machtlos

Provider wie T-Online oder AOL bezeichnen sich ebenfalls häufig als machtlos. Wenn sie auch keine rechtsradikalen Seiten auf ihren Rechnern dulden, so sehen sie kaum Möglichkeiten, Seiten im Ausland zu sperren. Von Filtern, die Seiten mit Worten wie „Nazi“ oder „Heimatfront“ unzugänglich machen, halten die Provider wenig und verweisen auf die Debatte um Kinderpornografie vor ein paar Jahren. Nach Installation entsprechender Filter konnten Nutzer plötzlich keine Informationen über Brustkrebs mehr finden. „Die Wirtschaft verdient am elektronischen Kommerz und muss sich darum kümmern, dass das Netz nicht in Verruf gerät“, heißt es im Berliner Justizministerium, wo man den Providern Druck machen will. Dass es in der Tat andere Wege gibt, als nur gute Absichten zu äußern - wie in der „Berliner Erklärung“ vom Juni, die einen „globalen Wertekonsens“ fordert - glaubt der Basler Jurist David Rosenthal.

Frage des politischen Willens

Technische Lösungen, so das Fazit eines Papiers, das er kürzlich für die Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen verfasst hat, können zumindest den Wirkungsbereich brauner Inhalte beschränken. Zum Beispiel, schlägt Rosenthal vor, könnten US-Provider rechtsradikale Seiten für den Zugang von außen sperren - so wie es eine Zeitlang auch unmöglich war, amerikanische Verschlüsselungs-Software herunterzuladen, weil diese dem Exportverbot unterlag. Alles eine Frage des politischen Willens und der geschäftlichen Überlegungen, sagt Rosenthal und fragt: Warum nicht die US-Zentralen der weltweiten Provider unter Druck setzen? Dass ökonomische Argumente durchaus ziehen, belegt das Beispiel Bertelsmann. Der Gütersloher Konzern verbot aus Image-Gründen seiner Internet-Buchkette Barnes and Noble, Hitlers „Mein Kampf“ nach Deutschland zu liefern.

(aus: Jeanne Rubner: Hakenkreuze auf den zweiten Blick, in: Süddeutsche Zeitung vom 05./06.08.2000, URL vom 08.09.2000: <http://www.sueddeutsche.de/extremismus/szartikel8.htm>)

Arbeitshinweise:

1. Informiere dich aus Material M 7.02 über den Stellenwert, den das Internet für die rechte Szene hat.

2. Arbeite die Möglichkeiten und Grenzen heraus, dem „braunen Sumpf im Netz“ zu begegnen!

3. Setzt euch mit der Kontroverse um eine „Online-Allianz gegen Rechts!“ auseinander und verfasst eine eigene Selbstverpflichtung für die Internet-Nutzung an eurer Schule!

M 7.03 Null Toleranz im Netz

Das Internet ist ein Netz vieler Geschichten, die gestern aktuell waren und heute mausetot sind. Nur die Sage von seiner unbedingten Freiheit hält sich immer noch hartnäckig. Dabei stößt jeder Nutzer ständig an Grenzen: Wer eine eigene Internet-Adresse beantragt, zum Beispiel beim Provider Puretec, und als Name „MTK.de“ eingibt, bekommt statt eines Web-Auftritts eine Abfuhr. „Diese Domain ist nicht verfügbar, weil sie ein KFZ-Zeichen enthält“, heißt es da. Main-Taunus-Kreis als Kürzel ist verboten. Wer bei Karstadt an ein Online-Terminal geht und sich an der Seite „www ficken.de“ ergötzen will, bleibt vor einem schwarzen Bildschirm sitzen. Das Kaufhaus hat den Zugang gesperrt. Drei Monate lang hatte ein Mann aus New Jersey die Internet-Adresse „juliaroberts.com“ zur Versteigerung angeboten. Jetzt hat er sie ganz ohne Entlohnung verloren. Vor der Genfer Weltorganisation für intellektuelles Eigentum (Wipo) zwang die Hollywood-Schauspielerin den Fan, die Adresse demnächst wieder herzugeben.

Warum konnte dann die Adresse „Heil-Hitler.de“ angemeldet werden? Ein Oberfeldwebel konnte die Domain ohne Probleme beantragen; erst nach Protesten wurde sie aus dem Netz genommen. Angefacht durch die rechtsradikale Gewalt der vergangenen Wochen entbrennt nun ein Grundsatzstreit, ob und mit welchen juristischen, technischen und inhaltlichen Mitteln Rechtsradikale im Internet bekämpft werden sollen. Immer mehr Initiativen entstehen. Einen Königsweg aber gibt es nicht.

Etwa 330 Seiten von Rechtsextremen gibt es im Internet, sagt der Verfassungsschutz. Die Zahl 2000 nennt das Simon-Wiesenthal-Center. Die Zahlen schwanken, weil sich Adressen und Inhalte ständig ändern. „Besorgnis erregend“ nennt der Präsident des Bundeskriminalamts, Ulrich Kersten, die Zunahme rechtsextremer Inhalte im Internet. Auf so genannten „linken Listen“ veröffentlichen Rechtsradikale Steckbriefe ihrer politischen Gegner. Schon hat Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) in einem Online-Chat „Maßnahmen gegen Gewalt bejahende Darstellungen im Internet Priorität“ eingeräumt. Ihr Credo: „Was offline verboten ist, darf online nicht erlaubt sein.“

Grundsätzlich ist ja auch alles geregelt: So bestimmt das Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz (IuKdG), dass Anbieter von Inhalten für alle elektronischen Dokumente haftbar sind. Das brachte den Online-Dienst Compuserve bereits in arge Bedrängnis. Der einstige Deutschland-Chef Felix Somm entging nur deshalb einer Verurteilung wegen Verbreitung von Kinderpornografie, weil er nachweisen konnte, dass

er sich bei der amerikanischen Konzernmutter dafür eingesetzt hatte, diese Inhalte zu streichen. Die US-Zentrale hatte sich diesem Wunsch allerdings nicht beugen wollen.

Nun ist zumindest gewährleistet, dass auf deutschen Servern kaum noch Seiten mit strafbaren rechtsextremen Inhalten angeboten werden. Schätzungsweise 90 Prozent aller rechtsextremen Web-Auftritte sind auf ausländischen Servern installiert, sagt der Verfassungsschutz. Besonders in den USA und Kanada, denn dort wiegt der Grundsatz der Meinungsfreiheit alle ethischen Bedenken auf. „Nur ein verstärkter internationaler Dialog kann einen globalen Wertekonsens schaffen“, sagte Rabbiner Abraham Cooper kürzlich in Berlin auf einer Tagung zur „Verbreitung von Hass im Internet“. Doch auf eine internationale Harmonisierung kann man noch lange warten: Die aus den USA eingeladenen Politiker erschienen nicht einmal zur Debatte.

Private Initiativen sollen mehr ausrichten. Und die entstehen momentan zahlreich. Das Frankfurter Internet-Unternehmen Efinum gründete eine „Aktion gegen Rechts“, die schwarze Listen von Internet-Seiten mit rechtsradikalen Inhalten erstellen will. Bei „Nein zu Nazis im Netz“ verpflichteten sich die Teilnehmer, die ihnen bekannt gewordenen rechtsextremen Seiten anzuzeigen. Diese Inhalte will auch der Provider Strato AG mit einer „Initiative gegen Missbrauch im Internet“ bekämpfen. Einen journalistischen Weg beschreitet die von der Woche initiierte „Medien-Initiative Netz gegen Rechts“. Zeitungen und Sender bündeln ihre Artikel, um Information gegen Agitation zu setzen.

Der Kampf gegen Rassenhass und Gewalt im Netz kann auch mit technischen Mitteln unterstützt werden. Vier Möglichkeiten gibt es, strafbare Netzinhalte unzugänglich zu machen.

— Sperren der Domain. Hierbei wird der Domain-Name aus der Datenbank der deutschen Registrierungsstelle Denic gelöscht, wie in der vergangenen Woche mit „www.HeilHitler.de“ geschehen. 27 Seiten mit rechtsextremen Inhalten nahm der Provider Strato vergangene Woche vom Netz. „Wir haben eine Taskforce installiert, die nach entsprechenden Begriffen sucht“, sagt Strato-Sprecher Sören Heinze. „Sobald wir fündig werden, löschen wir die Domain.“

— Entfernen einzelner Dokumente. Bei Inhalten, die auf den Mitgliederseiten großer Online-Dienste wie T-Online, AOL oder von Communities wie

Tripod liegen, funktioniert die Löschung der Domain nicht. Denn entfernte man etwa members.aol.com, würden auch Millionen andere Dokumente gelöscht. Einzelne Dokumente in solchen Verbänden können nur von den Internet-Providern selbst gelöscht werden.

— Sperren der IP-Adresse. Jede Domain ist mit einer so genannten IP-Adresse verbunden, einer zwölfstelligen Nummer, die den dahinter liegenden Web-Server im Internet auffindbar macht. Löscht man die Domain, ist der entsprechende Inhalt immer noch unter der zwölfstelligen Nummer im Browser abrufbar. Deshalb muss auch die IP-Adresse gelöscht werden. Dafür sind die Internet-Provider verantwortlich, die IP-Adressen zuteilen.

— Filtern von Inhalten. Hierbei vergleicht eine Software die Adressen der von Usern angeforderten Web-Dokumente mit denen in einer schwarzen Liste. Dies kann in den Zwischenspeichern - Proxyserver genannt - geschehen, die heute alle Internet-Provider zwischen das Netz und den User schalten. Nur: Ein User kann diese Zwischentappe im Browser ausschalten, so umgeht er diese Filtermöglichkeit einfach. Deshalb müssten Filter noch vor den Internet-Providern installiert werden, nämlich in den so genannten Router. Diese Knotenrechner sorgen

dafür, dass etwa ein Datenpaket von einem Web-Server in den USA seinen Weg in den Rechner eines Users in Berlin findet. Je mehr unerwünschte Web-Adressen eine schwarze Liste aber enthält, desto aufwendiger wird der Abgleich mit dem Ursprung eines jeden Datenpakets. Folge: Der Datendurchsatz durch die Netz-Router wird langsamer - die Geschwindigkeit im Internet leidet.

Wie unvollkommen technische Lösungen sind, zeigt sich auch bei Adressen wie www.nsdap.de. Wer sie auf den Index setzt, hat nicht Rechtsextremisten weggefiltert, sondern eine Seite von Wohlmeinenden: „Achtung, Sie verlassen den Bereich des Internets. Hier ist kein Weiterklicken mehr möglich.“

(aus: Niels Boeing und Joachim Wehnelt, Null Toleranz im Netz, in: Die Woche vom 18.08.2000)

Arbeitshinweise:

1. *Informiere dich aus Material M 7.03 über den Stellenwert, den das Internet für die rechte Szene hat.*
2. *Arbeite die Möglichkeiten und Grenzen heraus, dem „braunen Sumpf im Netz“ zu begegnen!*
3. *Setzt euch mit der Kontroverse um eine „Online-Allianz gegen Rechts!“ auseinander und verfasst eine eigene Selbstverpflichtung für die Internet-Nutzung an eurer Schule!*

M 7.04 Internet-Gemeinde sagt „N@IIN“

Um rechts- und sittenwidrige Inhalte aus dem Internet zu verbannen, hat sich am Freitag in Berlin der Verein „N@IIN - No Abuse in Internet“ gegründet. Zu den 22 Gründungsmitgliedern gehören unter anderem die Gewerkschaft der Polizei und die Jüdische Gemeinde zu Berlin. Schirmherr des ersten Zusammenschlusses verschiedener Internet-Dienstleister in Deutschland ist der ehemalige RTL-Chef Helmut Thoma. Die Initiative will eng mit dem Bundesjustizministerium zusammenarbeiten. In den nächsten Wochen sollen Grundlagen und technische Möglichkeiten erarbeitet werden, mit denen rechts- und sittenwidrige Inhalte aus dem Internet entfernt werden können, kündigte der erste Vorsitzende, Arthur Wetzel von der Strato Medien AG, an. Bei Strato, dem europäischen Marktführer der Internet-Adressen-Verteilung, war kürzlich die Adresse „www.heil-hitler.de“ beantragt worden. Anfang September soll eine erste Mitgliederversammlung stattfinden. Konkrete Pläne gibt es bis dahin nicht. Wetzel und der ebenfalls beteiligte Grünen-Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir betonten, dass es nicht um Zensur im Internet gehen könne. Das widerspreche der Natur des Mediums. Vielmehr verfolge

M 7.05 Online-Allianz gegen Rechts!

Immer häufiger nutzen Neonazis das Internet für die Verbreitung von Rassenhass und rechtsradikaler Propaganda. Die Welt des Web ist zwar grenzenlos, doch angesichts der Gewalt von rechts darf die Internet-Branche dies nicht länger als Ausrede für Untätigkeit nehmen. Jetzt muss auch sie ihr „Gesicht zeigen“, sich zu demokratischen Normen bekennen, eine Selbstverpflichtung unterschreiben und einen Aktionsplan verabschieden. Der kann nur heißen: Alle Internet-Provider verpflichten sich, Filter zu installieren und Websites mit rechtsradikalen Inhalten vom Netz zu nehmen. Alle E-Commerce-Händler weigern sich, rechtsradikale Bücher oder Produkte zu vertreiben oder ihnen durch Links ein Forum zu geben. Die IT-Branche wertet die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia (FSM) zu einer wirkungsvollen Taskforce auf, die Online-Adressen der Volksverhetzer erfasst und an die Strafverfolgungsbehörden weiterleitet. Zur These der Woche nehmen Stellung:

Loretta Württenberger (Gründerin und Geschäftsführerin der Webmiles AG)

Die erst letzte Woche eingetragene Domain www.Heil-Hitler.de hat erschreckend deutlich gemacht, wie sich das Internet zur Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts eignet und wie die Flüchtigkeit des Mediums die Strafverfolgung erschwert. Wo die Zentrale eine Adresse löscht, befinden sich am nächsten Tag drei neue. So sehr auch ich ein großer Anhänger der Meinungsfreiheit bin, die Branche kann sich ihrer Verantwortung nicht länger entziehen. So ist ein E-Commerce-Händler durchaus in der Lage und sollte sich ethisch verpflichtet sehen, sein Sortiment fortwährend auf rechtsextremistische Inhalte hin zu überprüfen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass

die Initiative das Ziel der Selbstkontrolle. So sollen Benutzer N@IIN melden können, wenn sie rechtsextreme oder kinderpornographische Seiten entdecken. Die könnten dann aus dem Netz entfernt werden. Der Anti-Missbrauchs-Initiative beitreten können Firmen genauso wie Privatleute. Für Wetzel bedeutet die Initiative ein Ende des Einzelkämpfertums. N@IIN solle gleichzeitig auch eine Aufforderung zu Zivilcourage in der Internet-Gemeinschaft sein.

(aus: Adrienne Woltersdorf, Internet-Gemeinde sagt „N@IIN“, in: Frankfurter Rundschau vom 19.08.2000)

Arbeitshinweise:

1. Informiere dich aus Material M 7.04 über den Stellenwert, den das Internet für die rechte Szene hat.
2. Arbeite die Möglichkeiten und Grenzen heraus, dem „braunen Sumpf im Netz“ zu begegnen!
3. Setzt euch mit der Kontroverse um eine „Online-Allianz gegen Rechts!“ auseinander und verfasst eine eigene Selbstverpflichtung für die Internet-Nutzung an eurer Schule!

durchdachte Kontrolle mit ineffizientem Aktionismus verwechselt und durch faktische Selbstjustiz der staatliche Auftrag von Legislative und judikative in Frage gestellt wird.

Fritz Pleitgen (Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR))

Da kann es keinen Streit geben. Nazistische Parolen haben im Internet nichts verloren. Mit kurzfristiger Empörung lässt sich dieses Problem nicht lösen. Wichtig sind langfristige Strategien, um rechtsradikale Inhalte aufzuspüren und ihre Verbreitung zu verhindern. Hier sind die Provider in der Verantwortung. In Deutschland ist die Rechtslage klar. Meinungs- und Informationsfreiheit sind ein hohes Gut. Es darf aber nicht zu Lasten der Rechte anderer, vor allem von Minderheiten und Ausländern, ausgenutzt werden. Unser Engagement für Toleranz und Völkerverständigung werden wir verstärkt fortsetzen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann viel zur Aufklärung beitragen. Im WDR haben wir soeben eine spezielle Redaktion gegründet, um nachhaltig und engagiert gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit Position zu beziehen.

Marieluise Beck (Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen)

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Wo es aber auf Grund der Eigenschaften des Internets schwierig ist, das Recht durchzusetzen, ist die Selbstverpflichtung der Provider ein geeigneter Weg. Auch im eigenen Interesse sollten sich Provider nicht darauf zurückziehen, sie würden lediglich technische Voraussetzungen bieten. Wünschenswert ist aber auch, das Medium stärker als bisher zur Aufklärung über

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu nutzen. Also: Raus mit den Hate-Pages, setzt Links zu Toleranz und Zivilcourage!

Wolfgang Keuntje (Vorstandsvorsitzender von T-Online)

T-Online bietet keinen Raum für rechtswidrige, extremistische und nationalsozialistische Inhalte. Auch vor diesem Hintergrund haben wir in der Vorwoche eine Homepage mit bedenklichem Inhalt abgeschaltet. Mit Blick auf die enorme Zahl privater Internet-Seiten und die Tatsache, dass sich die darauf hinterlegten Informationen schnell ändern können, ist ein Vorgehen gegen rechtsextremistische Inhalte dann Erfolg versprechend, wenn möglichst viele Internet-Nutzer von sich aus bedenkliche Inhalte zur Kenntnis bringen, etwa bei der von uns mit initiierten Beschwerdestelle der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia Diensteanbieter (FSM; www.fsm.de). Während technische Filterprogramme wahllos auch Inhalte zur Aufklärung über das nationalsozialistische Regime sperren würden, kann ein aus den Usern selbst bestehender Filter weitaus präziser arbeiten.

Jörg Tauss (Medienbeauftragter der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag)

Der Terror von rechts muss bekämpft werden - nicht das Internet. Rechtsradikaler Schund ist verboten - offline wie online. Die Forderung nach Filtersystemen ist ein zweischneidiges Schwert. Denn sie filtern nicht nur rechtsextreme Inhalte, sondern auch Inhalte gegen Nazi-Propaganda heraus. Und wer legt fest, was gefiltert wird? Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Das Problem liegt in der Durchsetzung national geltenden Rechts im weltweiten Computernetz. Forderungen nach technischen Kontrollen führen deshalb ins Leere. Es wäre die bessere Strategie, das Internet für den Kampf gegen Rechtsextremismus zu nutzen. Rechtsextreme Websites könnten mit aufklärenden Inhalten über den Holocaust verlinkt, kritische Domain-Namen mit Hintergründen gefüllt werden. Auch die überfällige gesellschaftliche Debatte mit den geistigen Brandstiftern könnte so endlich nachgeholt werden.

Thomas Heilmann (Geschäftsführer der Werbeagentur Scholz & Friends und Internet-Sprecher der CDU)

Das Internet bietet Extremisten eine willkommene Plattform, um verfassungsfeindliche Zielsetzungen und Ideen zu propagieren. Die Diskussion um die Verbreitung rechtsradikaler Inhalte zeigt einmal mehr die Grenzen nationaler Gesetzgebung und einzelstaatlicher Instrumente. Eine Selbstverpflichtung aller Händler und Nutzer scheint ein geeigneter Ausweg. Eine Online-Allianz gegen Rechts wird aber keine Sicherheit vor rechtem Gedankengut bringen. Gerade in einem offenen Netz wie dem Internet wird es immer Gruppen geben, die sich einer Selbstkontrolle entziehen. Dennoch wäre eine Selbstverpflichtung das richtige Signal. Das mächtigste Mittel einer starken Demokratie ist das Zusammenstehen ihrer Bürger. Nur wenn wir Internet-Nutzer selbst an

der Aufdeckung aller verfassungsfeindlichen Inhalte mitarbeiten, brauchen wir keine umfassenden polizeilichen Kontrollen. Die CDU unterstützt mit ihrer Initiative www.netzgegengewalt.de diesen Gedanken des Flaggezeigens. Auch im Netz muss gelten: Keine Chance für Extremisten!

Erwin Staudt (Vorsitzender der Geschäftsführung IBM in Deutschland)

Angesichts der scheußlichen Vorfälle möchte man spontan zustimmen. Doch halt: Abgesehen davon, dass auch die intelligenteste Filtertechnik mit dieser Aufgabe überfordert ist, nähern wir uns dann schnell dem „Ministerium für Wahrheit“. Wer legt fest, was rechtsradikal ist? Und sind wir morgen nicht über eine andere Meinung oder ein anderes Handeln empört, das „verboten gehört“? Schnell ist unser wertvollstes Grundrecht - das auf freie Meinungsäußerung - ausgehöhlt, und schließlich könnte jede abweichende Meinung gefiltert werden. Das gilt auch für die FSM. Strafverfolgung obliegt den Strafverfolgungsbehörden und keiner privaten Einrichtung. Jeder Internet-User kann und sollte sich zu einer virtuellen Task-force zählen, die braune Umtriebe im Netz verhindert.

Helmut Thoma (EX-RTL-Chef, Geschäftsführer der Internet-Firma Sportgate AG (Boris Becker))

Am deutschen Wesen wird die Welt nicht genesen. Nicht einmal mit besten Absichten ist dies zu erreichen. Ich halte überhaupt nichts davon, andere Länder in die Pflicht zu nehmen. Dies ist deren Angelegenheit. Und wenn man sich die Situation in den USA ansieht, in der, offenbar durch die Verfassung geschützt, auch extremste Gruppierungen Meinungsfreiheit genießen, so wird dies auch ein ziemlich aussichtsloses Unterfangen sein. Das Problem liegt auch nicht im Internet, sondern im realen Leben in der Bundesrepublik. Ich glaube nicht, dass Skinheads ihre so genannte Ideologie aus dem Internet beziehen. Fremdenfeindlichkeit, gepaart mit Brutalität, die auch vor Mord und Totschlag nicht zurückschreckt, sollte mit aller Härte des Gesetzes bekämpft werden. Mit den bestehenden Gesetzen kann man auch gegen Nazis im Netz vorgehen, soweit man sie in Deutschland habhaft machen kann. Darüber hinaus aber Internet-Provider verantwortlich zu machen ist eine nicht praktikable Idee.

(aus: Die Woche vom 18.08.2000)

Arbeitshinweise:

1. Informiere dich aus Material M 7.05 über den Stellenwert, den das Internet für die rechte Szene hat.

2. Arbeite die Möglichkeiten und Grenzen heraus, dem „braunen Sumpf im Netz“ zu begegnen!

3. Setzt euch mit der Kontroverse um eine „Online-Allianz gegen Rechts!“ auseinander und verfasst eine eigene Selbstverpflichtung für die Internet-Nutzung an eurer Schule!